

Wahlkampf zur Zuwanderung stärkt Extreme

ZdK-Präsident Meyer mahnt

Berlin/Osnabrück – Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Professor Hans Joachim Meyer (CDU), hat erhebliche Bedenken, das Thema der Zuwanderung in den Wahlkampf zu bringen. Meyer sprach sich stattdessen auf Anfrage dieser Zeitung „für einen neuen Ansatz nach den Bundestagswahlen aus“. Grundsätzlich könnten zwar Fragen, die den zukünftigen Charakter der Gesellschaft berührten, nicht aus dem Wahlkampf herausgehalten werden. Andererseits, so Meyer, sei die Art des öffentlichen Streits, wie er in Wahlzeiten zwischen den Kontrahenten geführt werde, der „abwägenden Erörterung eines komplexen Problems“ wie der Zuwanderung „oft alles andere als dienlich“. Meyer reagierte damit auf eine Anfrage zu Ankündigungen des Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU), das Thema in den Wahlkampf einzubringen, falls der Bundespräsident das Gesetz unterschreibe. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat derweil auf dem Wahlparteitag der Union am Montag die Zuwanderung zum Wahlkampf-Thema erklärt.

Die Klärungsbedürftigkeit der Abstimmung im Bundesrat zum Zuwanderungsgesetz biete auch eine „Chance zu einem neuen Dialog für einen breiteren und darum tragfähigeren Kompromiss“, begründete Meyer sein Plädoyer für eine Diskussion nach der Wahl. Eine solche Chance werde „im Wahlkampf zu einer heftigen Kontroverse über die Zuwanderung käme“. Denn das müsste „in der jetzigen Situation fast zwangsläufig auch extreme Tendenzen bestärken“. Grund-

sätzliche Entscheidungen über den künftigen Weg der Gesellschaft sollten nicht mit knappen Mehrheiten gefasst werden, „weil das zu lang andauernden Belastungen der Demokratie führt“, führte Meyer weiter aus. Beim Thema Zuwanderung wäre das schon deshalb nicht einzusehen, weil sich die großen Parteien zeitweilig recht nahe gewesen seien.

Der ZdK-Präsident verteidigte zugleich Ankündigungen aus der Union, eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht zu suchen, wenn Johannes Rau (SPD) dem Gesetz zustimme. Wenn der dem Staatsoberhaupt gegenüber angemessene Ton gewahrt werde, sehe er darin keinen Druck. Der Abstimmungsvorgang im Bundesrat sei einmalig und bedürfe für künftige Fälle der Klärung. In dieser Situation, so Meyer, würde es ihn „nicht überraschen“, wenn der Bundespräsident – wie in vergleichbaren Fällen mehrfach seine Vorgänger – das Gesetz zwar unterzeichne, aber selbst auf die Möglichkeit der endgültigen Klärung durch das Verfassungsgericht verweise.

Als „absolut unakzeptabel“ bezeichnete der Osnabrücker Migrationsforscher Professor Klaus J. Bade den Umgang mit dem Bundespräsidenten durch die Union. „Wir leben nicht in einer Bananenrepublik, in der man den Präsidenten durch Drohungen gefügig machen kann“, so Bade. Er wünsche sich einen sachlichen Umgang mit diesem Thema, der seiner Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas entspreche. Bade wörtlich: „Politiker sollten die gefährliche Grenze zwischen Demographie und Demagogie nicht fahrlässig überschreiten.“ **Gerrit Schulte**

Belegexemplar

der Kirchenzeitungen
Berlin · Hamburg · Hildesheim
Osnabrück · Leipzig
Fulda · Limburg · Mainz

93.6.2002